

© **Schwerpunkt »Tiere in der Landwirtschaft«**

## **Dem Fleisch einen angemessenen Preis geben!**

Eine Überprüfung von »Steuer«-Instrumenten zur Beeinflussung von Fleischerzeugung und -verbrauch

von Martin Hofstetter

*Fleischprodukte sind in Deutschland so billig wie nie. Gleichzeitig nehmen ökologisch wie ethisch bedenkliche Formen der Tierhaltung in Deutschland immer weiter zu, obwohl darüber in der Öffentlichkeit heftig diskutiert und ein Umsteuern gefordert wird. Gibt es sinnvolle und praktikable Ansätze, die wahren Kosten der Fleischerzeugung wieder in den Preis zu integrieren? Im Folgenden werden die Ergebnisse einer im Auftrag von Greenpeace erstellten Studie vorgestellt, in der vier Instrumente untersucht wurden, Fleischerzeugnissen einen angemessenen höheren Preis zu verleihen, den Fleischkonsum in Deutschland zu senken und die Erzeugung umweltverträglicher und tiergerechter zu gestalten.*

Die Weltgesundheitsorganisation sagt es, die Deutsche Gesellschaft für Ernährung fordert es, Klimawissenschaftler und viele Ärzte setzen sich dafür ein: Die Bevölkerung in den Industriestaaten sollte ihren Fleischkonsum erheblich reduzieren; zum Wohle der eigenen Gesundheit, aber auch zum Wohle der Tiere sowie zugunsten von Klima, Umwelt und der globalen Versorgung mit Lebensmitteln.

### **Versagen der Politik**

Seit einigen Jahren wird heftig darüber diskutiert, mit welchen Mitteln Fleischerzeugung und -verbrauch positiv beeinflusst werden können. Informations- und Aufklärungskampagnen, die Einführung vegetarischer Wochentage in Kantinen oder auch das öffentliche Skandalisieren und Anprangern von Missständen der industriellen Massenproduktion sind anerkanntermaßen wichtige Mittel, scheinen aber nicht auszureichen, um zu nachhaltigen Erfolgen zu kommen.

Unter der konservativ-liberalen Regierung hat sich der Gesetzgeber in Deutschland weitgehend aus der Verantwortung gestohlen. Dabei wären bessere gesetzliche Regelungen zu Tierhaltung und Tierschutz, Einschränkungen beim Medikamenteneinsatz und der Düngung sowie Mindestlöhne im verarbeitenden Gewerbe dringend notwendig. Sie würden aber zu steigenden Erzeugungskosten führen und den auf Export ausgerichteten Interessen der Fleischwirtschaft zuwider-

laufen. Entsprechende Maßnahmen wurden daher in Deutschland, anders als in unseren Nachbarländern, bisher kaum angegangen.

Von agrarwissenschaftlicher Seite (Beirat des BMELV) steht die Forderung im Raum, die Konsumentenpreise für Fleisch den ökologischen Auswirkungen entsprechend anzupassen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) hat sich in seinem jüngsten Umweltgutachten 2012 für die Einführung von marktwirtschaftlichen Instrumenten zur Reduzierung des Fleischkonsums ausgesprochen und dabei die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes, eine Stickstoffüberschussabgabe sowie eine Form der Fettsteuer für Deutschland ins Spiel gebracht. Allen Maßnahmen ist gemeinsam, dass sie Fleischprodukte teurer machen, allerdings in sehr unterschiedlicher Weise.

Der Zusammenhang zwischen verfügbarem Einkommen, dem Preis von Fleischprodukten und der Nachfrage nach Fleischerzeugnissen ist hinlänglich empirisch belegt. Untersuchungen zeigen, dass es eine starke Nachfrageelastizität bei Fleischprodukten gibt. Auf steigende Fleischpreise reagieren Verbraucher auch in Deutschland, und nicht nur in Schwellenländern, mit Kaufzurückhaltung.

Dabei ist der Arbeitsaufwand, um sich Fleischprodukte leisten zu können, heute vergleichsweise gering. Musste ein Industriearbeiter 1960 noch 133 Minuten arbeiten, um sich ein Brathähnchen zu leisten, so benötigt er heute dafür keine Viertelstunde mehr. Ähnlich

sieht es für Schweine- und Rindfleischprodukte aus. Der Anteil der Ausgaben für Fleischerzeugnisse an den gesamten Konsumausgaben hat sich seit 1973 halbiert, der Verbrauch ist im gleichen Zeitraum von 75 auf rund 90 Kilogramm pro Kopf und Jahr angestiegen. Voraussetzung dafür war ein stetig sinkender Realpreis für Fleisch, der nur möglich war durch immer durchrationalisiertere Haltungsverfahren, wobei die sozialen und ökologischen Kosten der Erzeugung ins Endprodukt nicht eingepreist wurden.

### Vier »Steuer«-Instrumente geprüft

Könnte man also über die bestehenden ordnungsrechtlichen Regelungen in Deutschland hinaus durch ökonomische Anreize einen Rückgang der Fleischerzeugung und eine bessere, nachhaltigere Produktion erzielen? Lässt sich durch ökonomische Lenkungsinstrumente, also Steuern oder Abgaben, die Fleischnachfrage reduzieren und dabei zugleich die Erzeugung verbessern beziehungsweise lassen sich dadurch die negativen Umweltwirkungen verringern?

Um diese Fragen zu klären, hat Greenpeace das Forum für ökologisch soziale Marktwirtschaft (FÖS) mit einer Studie beauftragt.<sup>1</sup> Darin wurden vier konkrete Steuern beziehungsweise Abgaben auf ihre Tauglichkeit hin untersucht:

- eine Stickstoffüberschussabgabe,
- eine Importsteuer auf eiweißhaltige Futtermittel,
- eine Fettsteuer und
- die Abschaffung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Fleischprodukte.

Die ersten beiden Instrumente setzen produktionsseitig bei der Tierhaltung an, Fettsteuer und Mehrwertsteuer hingegen direkt beim Konsumenten.

### I. Stickstoffüberschussabgabe

Der Einsatz von Stickstoff ist in Deutschland seit vielen Jahren zu hoch, wenn auch – wie Berechnungen zum nationalen Stickstoffüberschuss zeigen – mit leicht rückläufiger Tendenz.<sup>2</sup> Doch mit zunehmender Tierhaltung und Zubau an Biogasanlagen hat sich die Entwicklung seit ein paar Jahren umgekehrt. Insgesamt ist man in Deutschland weit davon entfernt, die geplanten Zielwerte zu erreichen.<sup>3</sup> Stickstoffüberschüsse bestehen vor allem in Regionen mit hoher Tierbesatzdichte und knappem Flächenangebot. Die ausgebrachten hohen Phosphat- und Stickstoff-

mengen führen zur Nährstoffübersättigung der Böden, Ammoniak- und Lachgasemissionen und verschlechtern die Qualität von Grund- und Oberflächengewässern. In einer Reihe von Regionen steigen wegen der Zunahme an Tiermast- und Biogasanlagen die Nitratwerte im Grundwasser an, die bestehende Düngeverordnung wirkt dem völlig unzureichend entgegen.

Eine *finanzielle Abgabe auf die betrieblich anfallenden Stickstoffüberschüsse (N-Abgabe)* würde Anreize schaffen, weniger Stickstoff auf die Felder auszubringen und damit die Umwelt zu entlasten. Die Landwirte hätten dabei verschiedene Möglichkeiten zu reagieren: entweder mit der Zahlung der Abgabe oder aber der Verringerung des Mineraldüngereinsatzes, mit dem Export von Wirtschaftsdünger hin zu Regionen mit Nährstoffbedarf oder aber auch dem Abbau der Viehbestände.

### Großer ökologischer Nutzen

Eine Abgabe würde vor allem diejenigen Betriebe treffen, die einen hohen Viehbesatz haben und dazu in Regionen mit hohen regionalen Nährstoffüberschüssen wirtschaften, so dass die Entsorgungskosten zu aufnehmenden weit entfernt liegenden Betrieben hoch sind.

Voraussetzung für eine wirkungsvolle Erhebung der Steuer ist, dass die Stickstoffbilanzen landwirtschaftlicher Betriebe genau dokumentiert werden. Erfahrungen aus den Niederlanden mit einer betrieblichen Abgabe zeigen zwar, dass die Erhebung der Abgabe relativ aufwendig ist, gleichzeitig jedoch der ökologische Nutzen in Form sinkender Nährstoffeinträge in die Umwelt groß sein kann.

Die Berechnungen des FÖS zeigen, dass durch die N-Abgabe die Erzeugungskosten und damit die Fleischpreise bei Rindfleisch deutlich stärker steigen als bei Schweine- oder Geflügelfleisch. Bei einer Abgabenhöhe von zwei Euro pro Kilo Stickstoffüberschuss je Hektar würde sich Rindfleisch im Durchschnitt um knapp sieben Prozent und Schweinefleisch um etwa zweieinhalb Prozent verteuern. Zwar sind die Stickstoffüberschüsse in Deutschland auf Rindviehbetrieben im Schnitt niedriger als bei Schweinemastbetrieben, doch durch den höheren Futterflächenbedarf der Rindermast liegen die Mehrkosten durch eine Stickstoffabgabe insgesamt

Tab. 1: Übersicht über die vier Steuerungsinstrumente

	produktionsseitig	konsumseitig
Steuern / Abgaben	Stickstoffüberschussabgabe Futtermittelimportsteuer/ Zoll auf Sojaschrot	Steuer auf gesättigte Fettsäuren in Lebensmitteln
Subventionen		Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Fleischerzeugnisse; Anhebung von sieben auf 19 Prozent

höher. Bei einer Stickstoffabgabe von zwei Euro würden, so das FÖS, der Rindfleischkonsum um dreieinhalb Prozent und der Schweinefleischverbrauch um rund zwei Prozent zurückgehen. Würde den Betrieben hingegen ein abgabefreier Stickstoffüberschusssockel von 60 Kilogramm Stickstoff je Hektar zugestanden, so wäre die Wirkung deutlich geringer. Die gesamte Abgabelast würde ohne Sockelfreibetrag knapp drei Milliarden Euro, mit einem Stickstoffsockel etwa eine Milliarde Euro betragen, wobei viehhaltende Betriebe den größten Anteil zahlen müssten.

Ökologisch produzierte Fleischerzeugnisse würden übrigens nur gering verteuert, denn Biobetriebe haben in der Regel nur sehr niedrige Stickstoffüberschüsse. Die Tierhaltung ist dort an die Futterfläche gebunden und Stickstoff ein knapper Produktionsfaktor.

## II. Die Futtermittelimportsteuer

Die ökologischen und sozialen Kosten des Sojaanbaus vor allem in Lateinamerika durch Rodung von Urwaldflächen, Umbruch von Grünland, Pestizideinsatz und Landvertreibung sind derzeit nicht im Sojapreis enthalten.<sup>4</sup> Ohne den Einsatz billigen importierten Sojaschrots aus Übersee, derzeit über fünf Millionen Tonnen, wäre der Umfang der Tierhaltung in seiner jetzigen Form nicht möglich. Daher gibt es Überlegungen, eine *Importsteuer auf Soja beziehungsweise Sojaschrot* zu erheben. Ziel dieser Steuer wäre es auch, Anreize zu schaffen, stärker heimische Eiweißfuttermittel anzubauen und einzusetzen. Bei einer Futtermittelimportsteuer handelt es sich de facto, auch wenn sie umweltpolitisch begründet wird, um einen Einfuhrzoll, der nur an den EU-Außenhandelsgrenzen erhoben werden könnte. Eine rein nationale Steuer ist aufgrund des EU-Binnenmarktes nicht realisierbar.

Der ökologische Nutzen einer Sojaschrotsteuer ist wegen ihrer indirekten Wirkung schwerer absehbar als die einer Stickstoffüberschussabgabe. Wegen der bei steigendem Preis sinkenden Nachfrage nach Soja in Deutschland beziehungsweise der EU sinkt der Druck in den Erzeugerländern auf neue Agrarflächen und damit deren Urwälder. Die nachlassende Sojanachfrage hierzulande hätte aber auch sinkende Weltmarktpreise zur Folge, der Rückgang der Nachfrage hier könnte durch einen zunehmenden Import von Soja anderer Länder (China, Russland) kompensiert werden.

In der EU würde die Nachfrage nach heimischen Eiweißfuttermittelpflanzen sicherlich ansteigen. Einerseits würde der Anbau an Leguminosen und anderen eiweißhaltigen Pflanzen (Raps) gestärkt, dadurch zugleich aber der Anbau anderer Kulturpflanzen zurückgedrängt. Die stärkste positive Wirkung ginge von der sinkenden Fleischerzeugung aufgrund steigender Erzeugerkosten aus.

## Umsetzbarkeit fraglich

Die rechtliche und politische Umsetzbarkeit dieses Instruments erscheint in absehbarer Zeit mehr als fraglich. Da die Importsteuer de facto einen Einfuhrzoll auf Soja darstellt und an den EU-Außengrenzen erhoben würde, stände sie in Konflikt mit dem derzeitigen internationalen Handelsvereinbarungen. Auf politischer Ebene wäre ein handelspolitischer Konflikt vorprogrammiert. Und selbst wenn in Deutschland politische Unterstützung für eine Steuer auf Sojaimporte denkbar wäre, so wäre innerhalb der EU mit erheblichen Widerständen zu rechnen.

Zu den Preiswirkungen: Bei einem Zoll in Höhe von 250 Euro pro Tonne Soja würde ein Kilogramm Geflügelfleisch um etwa sechs Prozent teurer, Schweinefleisch um etwa drei Prozent. Der Rindfleischpreis würde kaum steigen, da Sojaschrot ohne weiteres hier zu ähnlichen Kosten substituiert werden kann.

Der Verbrauch von Geflügelfleisch würde mit etwa vier Prozent am stärksten zurückgehen, der Verbrauch von Schweinefleisch um etwa zwei Prozent. Da in der ökologischen Tierhaltung kein Importsoja eingesetzt wird, hätte diese Steuer keine direkten Preiswirkungen für Bioprodukte. Eine Soja-Importsteuer von 250 Euro je Tonne würde bezogen auf den Sojaeinsatz in Deutschland etwa 1,1 Milliarden Euro Mehreinnahmen ergeben. Die Zolleinnahmen würden allerdings nicht nach Deutschland sondern in die EU-Kasse fließen.

## III. Fettsteuer

Die Fettsteuer setzt direkt beim Konsum der Fleischerzeugnisse selber an. Eine Steuer auf Produkte, die gesättigte Fettsäuren enthalten, wurde 2011 zuerst in Dänemark eingeführt. Eine solche Steuer ist nicht in erster Linie umweltpolitisch, sondern vor allem gesundheitspolitisch motiviert. Besteuert werden nicht nur Fleischerzeugnisse, sondern alle Nahrungsmittel, die gesättigte Fettsäuren enthalten wie beispielsweise Milchprodukte und pflanzliche Öle. Da Schweine- und Rindfleisch mehr Fett enthält, würde hier der Preis stärker ansteigen als bei Geflügelfleisch.

### Das schwächste Instrument

Die Studie zeigt jedoch, dass eine Fettsteuer das schwächste Instrument zur Mäßigung des Fleischkonsums und Förderung der Ökologischen Landwirtschaft ist. Der gesamte Preiseffekt auf Fleischerzeugnisse ist etwa vergleichbar mit dem einer Futtermittelimportsteuer. Entsprechend niedrig wären die Auswirkungen auf den Verbrauch. Die ökologische Lenkungswirkung fällt weg, da die Steuer (unabhängig von der Produktionsweise) auf konventionelles wie ökologisch produziertes Fleisch gleichermaßen anfele. Bei einem Steuersatz von zwei Euro je Kilogramm gesättigtem Fett

würden in Deutschland etwa 2,6 Milliarden Euro eingenommen, woran Fleischprodukte aber nur einen Anteil von 750 Millionen Euro haben. Die Fettsteuer hätte hingegen besonders große Auswirkungen auf den Preis von Milchprodukten wie Käse und Butter.

#### IV. Anpassung der Mehrwertsteuer

Die *Aufhebung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes* für Fleischprodukte ist theoretisch leicht durchzuführen und in seinem Preiseffekt äußerst wirkungsvoll. Derzeit sind Fleischerzeugnisse wie die meisten Lebensmittel mit einem ermäßigten Satz von sieben statt 19 Prozent versteuert. Mit dem derzeitigen niedrigen Satz wird de facto der ökologisch und gesundheitlich problematische übermäßige Fleischkonsum subventioniert.

Die Preise von Fleischerzeugnissen würden durch eine Mehrwertsteueranpassung um 11,2 Prozent steigen – deutlich stärker als bei den anderen hier vorgestellten Instrumenten. Der Konsum im Vergleich zu den anderen Instrumenten würde am stärksten sinken: Die Nachfrage bei Rindfleisch würde um etwa sechs Prozent, bei Schweinefleisch um etwa neun Prozent und bei Geflügelfleisch um etwa acht Prozent zurückgehen. Diese Mehrwertsteuerreform würde etwa zwei Milliarden Euro einbringen.

#### Höherwertige Erzeugung honorieren

Der administrative Zusatzaufwand ist vergleichsweise gering, da das gegenwärtige System nicht verändert, sondern lediglich Ausnahmen aus dem Umsatzsteuergesetz gestrichen werden müssten. Politisch scheint der

**Tab. 2: Qualitative Bewertung und Preiswirkung der betrachteten Instrumente**

Instrument	Direkte ökologische Lenkungswirkung	Verwaltungsaufwand	Politische Durchsetzbarkeit	Preiswirkung intensive Erzeugung		Preiswirkung ökologische Erzeugung	
Stickstoffüberschussabgabe	++	–	+	R	++	R	o
				S	+	S	o
				G	k. A.	G	k. A.
Futtermittelimportsteuer	+	+	–	R	+	R	o
				S	++	S	+
				G	+++	G	++
Fettsteuer	trifft nicht zu	–	–	R	+	R	+
				S	++	S	++
				G	+	G	+
Mehrwertsteuer	trifft nicht zu	++	o	R	+	R	+
				S	+	S	+
				G	+	G	+

Preiswirkung: – – sehr negativ, – negativ, o neutral, + positiv, ++ sehr positiv. Qualitative Bewertung: R = Rindfleisch, S = Schweinefleisch, G = Geflügelfleisch. Die Abstufungen von o bis +++ symbolisieren nicht die absolute Preiswirkung, sondern dienen zum Vergleich der Preiswirkung zwischen den Fleischsorten bzw. intensiver/ökologischer Landwirtschaft innerhalb eines Instruments. Quelle: FÖS-Studie S. 10

**Tab. 3: Preiswirkung und Konsumänderung der betrachteten Instrumente**

Instrument	Steuersatz	Rindfleisch				Schweinefleisch				Geflügelfleisch			
		Preisänderung in		Konsumänderung in		Preisänderung in		Konsumänderung in		Preisänderung in		Konsumänderung in	
		%	Euro/kg	%	kg/Kopf	%	Euro/kg	%	kg/Kopf	%	Euro/kg	%	kg/Kopf
Stickstoffüberschussabgabe <i>ohne Überschussfreibetrag</i>	2 Euro/kg/ha	6,6	0,5	–3,5	–0,5	2,5	0,2	–2,1	–1,1				
	<i>mit Überschussfreibetrag</i>	2,9	0,2	–1,6	–0,2	1,4	0,1	–1,1	–0,6				
Futtermittelimportsteuer	100 Euro/t	0,3	0	–0,2	0	1,1	0,1	–0,9	–0,5	2,4	0,1	–1,6	–0,3
	250 Euro/t	0,8	0,1	–0,4	–0,1	2,7	0,2	–2,3	–1,2	5,9	0,2	–4,1	–0,8
Fettsteuer	1 Euro/kg	0,7	0,1	–0,4	–0,1	1,1	0,1	–0,9	–0,5	0,6	0	–0,4	–0,1
	2 Euro/kg	1,4	0,1	–0,7	–0,1	2,2	0,1	–1,8	–1,0	1,2	0,1	–0,8	–0,2
Mehrwertsteuer	19 %	11,2	0,9	–5,9	–0,8	11,2	0,7	–9,3	–5,0	11,2	0,5	–7,7	–1,5

Quelle: FÖS-Studie S. 55

Nährboden zumindest teilweise vorhanden: wegen der vielen unsystematischen Ausnahmeregelungen wird immer wieder eine Mehrwertsteuerreform gefordert und ein grundsätzliches Ende der Ermäßigungen für umweltschädliche Produkte verlangt. Daher muss nun vor allem die Bevölkerung überzeugt werden, dass die meisten Fleischerzeugnisse kein Grundnahrungsmittel, sondern ressourcenintensive umweltschädigende Luxusgüter sind.

Nachteilig ist, dass bei einer Mehrwertsteueranpassung Fleisch, das aufgrund besserer Produktionsbedingungen teurer ist (Biofleisch, Neuland), in absoluten Zahlen preislich stärker ansteigt als billige Massenware. Eine Befreiung von der Mehrwertsteueranpassung für derart höherwertig erzeugtes Fleisch würde dem Abhilfe schaffen, jedoch das gesamte Erhebungssystem und auch die Kontrolle deutlich aufwendiger machen.

### Richtig steuern durch fiskalische Anreize

Als Ergebnis der Studie lässt sich feststellen: Es gibt nicht das eine fiskalische Instrument, mit dem alle Ziele erreicht werden können. Jedoch können sich die vier in dieser Studie vorgestellten Instrumente gegenseitig sinnvoll ergänzen (siehe auch die Überblicksdarstellung in Tab. 2 und 3). Insbesondere die Einführung einer Stickstoffüberschussabgabe und die Reform der Mehrwertsteuer wären geeignet, Anreize für ökologisch verträglichere und tiergerechtere Erzeugungsmethoden zu schaffen, Fleischprodukten einen angemesseneren Preis zu verleihen und zu einer Mäßigung des Fleischkonsums beizutragen. Eine Begrenzung oder Verteuerung des Stickstoffeinsatzes hätte direkte positive ökologische Konsequenzen hierzulande. Die hiesige Erzeugung würde an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Mitkonkurrenten verlieren, die sie aber erst durch ihr bisheriges ökologisches Dumping erzielt hat. Eine Reduzierung des Sojaeinsatzes über Steuern/Zölle dürfte hingegen angesichts der bestehenden politischen wie wirtschaftlichen Interessenslagen kaum realisierbar sein. Eine Fettsteuer erscheint besonders fragwürdig. Zwar würden dadurch gesundheitliche Aspekte adressiert, doch würde eine Fettsteuer ökologisch wie ethisch eher kontraproduktiv wirken. Denn Geflügelprodukte aus Intensivtierhaltung würden deutlich weniger belangt als Rindfleisch wie auch Milchprodukte.

Durch eine Mehrwertsteueranpassung von Fleischprodukten nähme der Staat zusätzlich pro Jahr über zwei Milliarden Euro ein. Um dem Vorwurf der sozialen Ungerechtigkeit zu begegnen, sollten mit den Mehreinnahmen finanzschwache Familien gezielt unterstützt werden, zum Beispiel über die Finanzierung einer besseren und gesünderen Schulverpflegung. Außerdem könnten daraus Kampagnen gegen nahrungsbedingte

## Folgerungen & Forderungen

- Bei der Fleischerzeugung und beim Fleischkonsum besteht dringender Handlungsbedarf – zum Wohle von Mensch, Tier, Klima und Umwelt.
- Die künstliche Verbilligung von Fleisch über einen ermäßigten Steuersatz ist abzuschaffen. Dabei sind höherwertige Erzeugungsverfahren zu berücksichtigen.
- Es sind Maßnahmen durchzusetzen, die zu einer Reduzierung von Stickstoffverlusten führen. Dazu gehörten die Überarbeitung der Düngeverordnung, die Einführung der Hoftorbilanz, bessere Kontrollen und der verbindliche Einsatz verlustmindernder Ausbringungstechniken.
- Die Abhängigkeit von Sojaschrotimporten aus Übersee ist durch gezielte Förderung heimischer Eiweißfuttermittel zu reduzieren.
- Die Tierhaltung ist an die bewirtschaftete Fläche auf den Landwirtschaftsbetrieben zu binden.

Erkrankungen sowie gegen die Lebensmittelverschwendung finanziert werden.

Da Abgaben, anders als Steuern, zweckgebunden erhoben werden, ergeben sich durch eine Stickstoffabgabe besonders gezielte Handlungsmöglichkeiten. Einnahmen einer Stickstoffabgabe sollten in der Landwirtschaft bleiben und dort zielgerichtet den Umbau der Tierhaltung hin zu umweltfreundlichen und tiergerechteren Verfahren finanzieren.

### Anmerkungen

- 1 Sebastian Buschmann und Eike Meyer, Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft (FÖS): Ökonomische Instrumente für eine Senkung des Fleischkonsums in Deutschland – Beiträge zu einer klima- und umweltgerechteren Landwirtschaft. Berlin 2013 (Download: [www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user\\_upload/themen/landwirtschaft/20130529-FOES-Studie-Fleischkonsum-oekonomische-Instrumente.pdf](http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/landwirtschaft/20130529-FOES-Studie-Fleischkonsum-oekonomische-Instrumente.pdf)).
- 2 Siehe hierzu den Beitrag von Manfred Kriener in diesem Agrarbericht (S. 180–186).
- 3 In der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt hat die Bundesregierung 2007 folgende Ziele festgesetzt: »Verringerung des Stickstoffüberschusses in der Gesamtbilanz bis 2010 auf 80 kg/ha, angestrebt wird eine weitere Verringerung bis 2015«. BMU, Berlin 2007, S. 48.
- 4 Siehe hierzu den Beitrag von Norbert Suchanek und Stefanie Hess in diesem Agrarbericht (S. 210–214).



**Martin Hofstetter**

Agrarwissenschaftler und Landwirtschaftscampaigner bei Greenpeace in Deutschland

Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg  
E-Mail: [martin.hofstetter@greenpeace.de](mailto:martin.hofstetter@greenpeace.de)  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)